

**abgeschlossen am
26. Juni 2002**

	<u>Seite</u>
1. Breite Zustimmung zur Schaffung eines Ministeriums für ‚Homeland Security‘	1
2. Senat für Erneuerung der „Fast-track authority“	3
3. Verbesserte Abwehr des Bio-Terrorismus beschlossen	4
4. Senat für Anhebung der Schuldengrenze	4
5. Abschaffung der Erbschaftssteuer scheitert im Senat	5
6. Beratungen über Klonierungsverbot im Senat ausgesetzt	6
7. Klage gegen Bruch des ABM-Vertrages eingereicht	7
8. Congress debattiert Medikamenten-Zusatzversicherung	8
9. Untersuchungsausschuss zu Terroranschlägen nimmt Arbeit auf	9

6-7/2002

1. Breite Zustimmung zur Schaffung eines Ministeriums für Homeland Security

Im Congress ist Präsident Bushs Ankündigung, ein Ministerium für *Homeland Security* schaffen zu wollen, in dem alle Aktivitäten zur Terrorismusabwehr nach innen gebündelt werden sollen, auf überparteiliche Zustimmung gestoßen. Der Plan des Präsidenten, der am 6. Juni 2002 der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, sieht den umfassendsten Umbau der Regierungsorganisation in den Vereinigten Staaten seit 55 Jahren vor. Bush begründete seine Initiative damit, dass die Verantwortlichkeiten für den Inlandsschutz gegenwärtig auf über 100 verschiedene Regierungsstellen verteilt sind, was eine effektive Terrorismusabwehr nach innen erschwert. „Amerika“, so der Präsident, „braucht eine einheitliche *homeland security structure*, die den Schutz vor gegenwärtigen Bedrohungen erhöht und flexibel genug ist, um unbekanntes Gefahren in der Zukunft begegnen zu können.“

Dazu sollen nach den Vorstellungen der Administration

- 22 Bundesbehörden mit etwa 170.000 Bediensteten und einem jährlichen Budget von 37,5 Mrd. USD unter dem Dach eines neuen Ministeriums für den Inlandsschutz zusammengefasst werden.

Insgesamt ist vorgesehen, das neue Ministerium, das im Hinblick auf die Zahl seiner Beschäftigten nach *Defense* und *Veterans Affairs* die drittgrößte Bundesbehörde sein würde, in vier Abteilungen, nämlich

- Border and Transportation Security,
- Emergency Preparedness and Response,
- Chemical, Biological, Radiological and Nuclear Countermeasures
- sowie Information Analysis and Infrastructure Protection

zu gliedern.

Dazu sollen u.a. Küstenwache, Zoll, Grenzschutz und Transportsicherheit in dem neuen Ministerium zusammengeführt werden. An der Spitze der Behörde wird ein Fachminister stehen, dessen Ernennung der Zustimmung durch die Legislative bedarf, und der dem Congress jederzeit zur Auskunft über seine Tätigkeit verpflichtet ist.

Gerade dies war im Kapitol in den letzten Monaten immer wieder gefordert worden (vgl. CR 5/2002, S. 4), nachdem sich Tom Ridge, der von Präsident Bush für die *Homeland Security* eingesetzte Direktor im Weißen Haus, geweigert hatte, dem Congress Rede und Antwort zu stehen. Ridge begründete seine Haltung damit, dass er als Stabsmitarbeiter im Weißen Haus eine rein beratende Funktion wahrnimmt und genauso wie die nationale Sicherheitsberaterin Condoleeza Rice als persönlicher Mitarbeiter des Präsidenten im Rahmen des *executive privilege* keiner Auskunftspflicht gegenüber

dem Congress unterliegt. Dieses Thema dürfte nun vom Tisch sein, und insbesondere die Demokraten um *Majority Leader* Tom Daschle (S.D.) im Senat beeilten sich, Bushs Initiative als politisches Zugeständnis einzuordnen. Die Reorganisation der Terrorismusabwehr nach innen, so Daschle, „war auf unserer Agenda“, und nicht der des Weißen Hauses. Gemeint ist eine Gesetzesinitiative von Senator Joseph I. Lieberman (D-Conn.), die bereits seit längerem die Schaffung einer Bundesbehörde für ‚Homeland Security‘ vorsieht (S 2452).

Umgekehrt versuchte Präsident Bush nach seinem überraschenden Vorschlag, der offensichtlich auf ein Treffen von Tom Ridge und Andrew Card, Bushs Stabsdirektor im Weißen Haus, am 23. April 2002 zurückgeht, die Demokraten in die Defensive zu drängen. Den Congress forderte er auf, seinen Reorganisationsplan so schnell wie möglich umzusetzen und kündigte unmissverständlich an, dass er die Unterstützung der amerikanischen Öffentlichkeit für *seine* Pläne suchen wird. Die spricht sich einer CNN-/Gallup-Umfrage von Anfang Juni 2002 zufolge mit 72 Prozent für die Schaffung eines neuen Ministeriums zur Terrorismusabwehr nach innen aus.

Tatsächlich kann der Reorganisationsplan auch als Versuch des Präsidenten und der Republikaner gewertet werden, die politische Dominanz im Bereich der nationalen Sicherheit zurückzugewinnen, zumal noch vor wenigen Wochen eine heftige Debatte um die Terrorabwehr im Zuge der Anschläge des 11. September einzusetzen schien (vgl. CR 5/2002, S. 1).

Einzelne Demokraten wie Barney Frank (D-Mass.) im Repräsentantenhaus warfen der Administration denn auch offen vor, mit ihrer überraschenden Initiative zur Einrichtung eines Ministeriums für ‚Homeland Security‘ im Hinblick auf die Zwischenwahlen im November die politische Agenda auf Fragen der nationalen Sicherheit zuspitzen zu wollen. Der Vorstoß, so Frank, sei eine „defensive Reaktion“, und Robert C. Byrd (D-W.Va.), der Vorsitzende des Bewilligungsausschusses im Senat, fügte sarkastisch hinzu, er hoffe, der Vorstoß des Präsidenten sei mehr als nur „ein Rücken der Liegestühle auf der Titanic“.

Gleichwohl fordern auch einflussreiche Demokraten wie *Minority Leader* Richard A. Gephardt (Mo.) im Repräsentantenhaus die Einrichtung des neuen Ministeriums für ‚Homeland Security‘ durch den Congress möglichst bis zum ersten Jahrestag der Terroranschläge, bei dem mehr als 3.000 Menschen im *World Trade Center* in New York und im Pentagon in Washington, D.C., ermordet wurden (vgl. CR 9/2001, S. 1). Allerdings verbleiben dem Congress in dieser 107. Legislaturperiode weniger als 50 Sitzungstage, wobei die Verabschiedung der 13. Bewilligungsgesetze für den Bundeshaushalt 2003 im Vordergrund stehen dürfte.

Außerdem müsste die Frage der juristischen Zuständigkeit im Congress für das neu zu schaffende Ministerium geklärt werden, was langwierige Verhandlungen zwischen den einzelnen Ausschüssen und ihren Vorsitzenden in beiden Kammern zur Folge haben dürfte. Die Bush-Administration wies denn auch darauf hin, dass bis zu 80 Ausschüsse und Unterausschüsse im Congress Einfluss auf die Arbeit des neuen Ministeriums ha-

ben könnten. Tom Daschle (D-N.D.), der *Majority Leader* im Senat, hielt dem jedoch entgegen, dass sich überschneidende juristische Zuständigkeiten im Congress für einzelne Fachministerien weniger die Ausnahme als die Regel seien.

2. Senat für Erneuerung der „Fast-track authority“

Der Senat hat sich am 23. Mai 2002 mit der deutlichen Mehrheit von 66:30 Stimmen für die Erneuerung der „fast-track authority“ des Präsidenten bei Handelsverträgen ausgesprochen. Sie war 1994 ausgelaufen und wurde von Präsident Bush und seinem Handelsbeauftragten Robert Zoellick zu einem der wichtigsten politischen Ziele der Administration erklärt.

Bei dem von Bush als *„trade promotion authority“* bezeichneten Mandat für ein Schnellverfahren bei Handelsverträgen handelt es sich um eine prozedurale Selbstbindung der Legislative, die sich im Grunde dazu verpflichtet, über ein vom Präsidenten verhandeltes und vorgelegtes Handelsabkommen *ohne* Änderungszusätze zu entscheiden. Gegen diese Selbstbindung des Congress hatte vor allem der den Demokraten nahestehende Gewerkschaftsdachverband *AFL-CIO* immer wieder mobil gemacht, der im Rahmen der weiteren Ausdehnung des Freihandels massive Arbeitsplatzverluste und die Einschränkung von Arbeitnehmerrechten in den USA befürchtet.

Für die Entscheidung im Senat

- stimmten neben 41 Republikanern auch 24 Demokraten sowie der Unabhängige James M. Jeffords (Vt.). Gegen die Erneuerung des Schnellverfahrens für Handelsverträge sprachen sich 25 Demokraten und fünf Republikaner aus.

Freilich konnte die Zustimmung von Teilen der demokratischen Fraktion nur sichergestellt werden, nachdem im Rahmen der Senatsvorlage zur Erneuerung des Schnellverfahrens eine Erweiterung der sogenannten *Trade Adjustment Assistance* (TAA) vereinbart wurde. Sie sieht vor, Arbeitnehmern, die ihre Arbeitsplätze auf Grund neuer Freihandelsvereinbarungen verlieren, Steuererleichterungen in Höhe von bis zu 70 Prozent ihrer laufenden Krankenversicherungsbeiträge einzuräumen.

Nun müssen sich Senat und Repräsentantenhaus im Vermittlungsausschuss auf eine gemeinsame Gesetzesversion zur Erneuerung des Schnellverfahrens für Handelsverträge einigen, was noch vor der Sommerpause geschehen soll. Allerdings dürften sich die Verhandlungen komplizierter gestalten als es das Abstimmungsergebnis im Senat nahe legt.

Das liegt zum einen an den denkbar knappen Mehrheiten für „fast-track“ im Repräsentantenhaus (vgl. CR 12/2001, S. 1), wo zumindest zwei Republikaner von ihrer ursprünglichen Unterstützung für die Gesetzesvorlage (*House Resolution 3009*) abge-

rückt sind und angekündigt haben, dass sie gegen die Annahme der Empfehlungen des Vermittlungsausschusses stimmen wollen.

Das hat zum anderen etwas mit den Widerständen innerhalb der republikanischen Fraktion im Repräsentantenhaus gegen die Verknüpfung von „fast track“ mit der Erweiterung der TAA zu tun. Während das Weiße Haus verlauten ließ, dass es die im Rahmen des Senatsvotum zur Erneuerung des Schnellverfahrens bei Handelsverträgen verfügte Ausdehnung der TAA für einen „guten Kompromiss“ hält, hat Bill Thomas (Cal.), der republikanische Vorsitzende des *Ways and Means Committee* und einer der einflussreichen Verhandlungsführer des Repräsentantenhauses im Vermittlungsausschuss, erkennen lassen, dass er die Ausweitung von TAA grundsätzlich ablehnt.

3. Verbesserte Abwehr des Bio-Terrorismus beschlossen

Repräsentantenhaus und Senat haben am 22./23. Mai 2002 mit überwältigender überparteilicher Mehrheit beschlossen, die Präventionsmaßnahmen gegen mögliche bioterroristische Angriffe auf die USA zu verstärken. So sollen im Haushaltsjahr 2003

- insgesamt 4,2 Mrd. USD zur Gefahrenabwehr im Bereich Bio-Terrorismus zur Verfügung gestellt werden, u.a. für den Ausbau der nationalen Impfstoffreserven und für Antibiotika-Depots (vgl. CR 12/2001, S. 7).

Während die Maßnahmen zur Bekämpfung des Bio-Terrorismus, zumal nach den Milzbrandanschlägen des vergangenen Jahres in den USA, nicht nur im Congress, sondern auch in der amerikanischen Öffentlichkeit große Zustimmung fanden, regte sich Kritik an einer Bestimmung des Gesetzesvorstoßes (*House Resolution 3448*), derzufolge zusätzliche Mitarbeiterstellen der *Food and Drug Administration* (FDA) aus von der pharmazeutischen Industrie erhobenen Verwaltungskosten für die Genehmigung neuer Arzneimittel finanziert werden sollen. In den USA ist die FDA für die Genehmigung und Kontrolle von Arzneimitteln zuständig, und kritische Stimmen wie die öffentliche Interessengruppe *Public Citizen* bemängeln die Gefahr der zu großen Nähe der Überwachungsbehörde zur pharmazeutischen Industrie. Die Arzneimittelhersteller dagegen betonen, dass über die Regelung bis zu 1.100 Stellen bei der FDA erhalten werden könnten.

4. Senat für Anhebung der Schuldengrenze

Der Senat hat sich am 11. Juni 2002 mit der großen Mehrheit von 68:29 Stimmen dafür ausgesprochen,

- die Schuldengrenze des Bundes um 450 Mrd. auf 6,4 Billionen USD (\$ 2578) anzuheben.

Für die Entscheidung stimmten 31 Republikaner, 36 Demokraten sowie der unabhängige Senator James M. Jeffords (Vt.). Lediglich 15 Republikaner und 14 Demokraten votierten gegen die Anhebung der Schuldengrenze.

Sowohl *Senate Majority Leader* Tom Daschle (D-S.D.) als auch sein republikanischer Gegenpart Trent Lott (Miss.) betonten, dass der Gegenstand ein überparteiliches Abstimmungsverhalten erforderlich macht. Nach Berechnungen des amerikanischen Finanzministeriums bedarf es zu Beginn des nächsten Kalenderjahres einer Erhöhung des „debt limit“, damit der Bund seinen Verpflichtungen im Rahmen der Schuldenbedienung uneingeschränkt nachkommen kann.

Während die Entscheidungsfindung im Senat zügig verlief, ist sie im Repräsentantenhaus ins Stocken geraten. Einerseits scheinen konservative Republikaner mit Blick auf die im November anstehenden Zwischenwahlen vor eine Erhöhung der Schuldengrenze zurückzuschrecken, um sich politisch nicht dem Vorwurf der mangelnden Haushaltsdisziplin auszusetzen. Andererseits haben die Demokraten, die sich im Repräsentantenhaus in der Minderheit befinden, zu erkennen gegeben, dass sie gegen eine Erhöhung der Schuldengrenze stimmen würden, um damit ihre Ablehnung der Haushaltspolitik Präsident Bushs zu unterstreichen.

Die republikanische Fraktionsführung um *Speaker* J. Dennis Hastert (R-Ill.) hat nun signalisiert, dass sie die Erhöhung der Schuldengrenze nicht als alleinstehende Gesetzesvorlage, sondern als Zusatz im Rahmen der Bewilligungsgesetzgebung zur Abstimmung stellen will, um so die Kritiker doch noch zum Einschwenken zu bewegen.

5. Abschaffung der Erbschaftssteuer scheitert im Senat

Der *Senat* hat am 12. Juni 2002 mit den Stimmen der demokratischen Mehrheit die von Präsident Bush und den republikanischen Congress-Fraktionen geforderte dauerhafte Abschaffung der Erbschaftssteuer blockiert.

Für die permanente Abschaffung der Erbschaftssteuer stimmten 54 Senatoren, darunter 9 Demokraten, dagegen 44 Senatoren, darunter 2 Republikaner sowie der unabhängige Senator James Jeffords (I-Vt.). Damit verfehlte die Vorlage die in strittigen Fragen notwendige 60-Stimmen-Mehrheit deutlich.

Das Repräsentantenhaus hatte die kontroverse Gesetzesvorlage Anfang Juni mit 256 gegen 171 Stimmen angenommen. Dabei stimmten 41 Demokraten sowie ein unabhängiger Abgeordneter mit 214 Republikanern für die Vorlage.

Die erneuten Beratungen über die Erbschaftssteuer sind notwendig, weil die im Zuge der Steuerreform 2001 (vgl. CR 6-7/2001, S. 3) beschlossene Abschaffung 2010 ausläuft. Die Befristung der Steuerreform auf 10 Jahre hatte der republikanischen Senats-

führung erlaubt, das Gesetzespaket unter erleichterten Geschäftsordnungsbedingungen zu beraten und mit einfacher Mehrheit zu verabschieden (vgl. CR 4/2002, S. 8).

Insbesondere konservative Republikaner fordern mit großem Nachdruck die dauerhafte Abschaffung der Erbschaftssteuer, weil sie verhindern wollen, dass Familienunternehmen aufgrund der bei einer Vererbung fälligen Steuerzahlungen verkauft werden müssen.

Die Demokraten halten mehrheitlich dagegen, dass bereits das geltende Steuerrecht großzügige Freibeträge für Erbschaften einräumt. Die zu erwartenden Steuereinnahmeausfälle, die bei einer Abschaffung der Steuer allein für den Zeitraum von 2011 bis 2020 auf über 700 Mrd. USD geschätzt werden, seien angesichts der schwierigen haushaltspolitischen Lage und der problematischen Entwicklung der Sozialversicherungen nicht zu rechtfertigen.

Zwei von demokratischen Senatsmitgliedern eingebrachte Alternativvorschläge, die die Anhebung der Erbschaftsfreibeträge auf 3 bzw. 4 Mio. USD vorsahen und damit Familienunternehmen weitgehend geschützt hätten, fanden jedoch kaum Zustimmung in den Reihen der republikanischen Fraktion und wurden ebenfalls verworfen.

Präsident Bush bedauerte die Entscheidung des Senats in einer öffentlichen Stellungnahme. Die Republikaner im Congress wiederum scheinen darauf zu setzen, dass sie die Ablehnung durch die Demokraten im anstehenden Congress-Wahlkampf zur Mobilisierung vor allem der eigenen Wählerbasis nutzen können.

6. Beratungen über Klonierungsverbot im Senat ausgesetzt

Senate Majority Leader Tom Daschle (D-S.D.) hat Mitte Juni 2002 die **Beratungen über konkurrierende Gesetzentwürfe zur Regelung der Grenzen bzw. Verbots des Klonens menschlicher Embryonen-Zellen auf unbestimmte Zeit ausgesetzt.**

Daschles Entscheidung folgte ergebnislosen Verhandlungen über das Verfahren der Beratung und Abstimmung zwischen den Befürwortern und Gegnern eines generellen Verbots des Klonens von Embryonen-Zellen. Keine der beiden Seiten scheint über eine Mehrheit im Senat zu verfügen.

Die Befürworter eines generellen Verbots um Senator Sam Brownback (R-Kansas) und Mary Landrieu (D-La.) versuchten in Reaktion auf die Blockade der Beratungen, einen Teil des Gesetzesentwurfs als Zusatz zu einer Vorlage durchzusetzen, die Versicherungsfragen im Zusammenhang mit Terror-Anschlägen regelt.

Der Geschäftsordnungsantrag auf Beratung über den vorgeschlagenen Gesetzeszusatz, der die Patentierung von Verfahren und Produkten menschlicher Klon-Versuche verbieten sollte, scheiterte jedoch mit 31 gegen 65 Stimmen überraschend deutlich.

Die Gegner eines generellen Klon-Verbots um Senator Edward Kennedy (D-Mass.) und Arlen Specter (R-Pa.), die Ausnahmen für die medizinische Forschung zulassen wollen, lehnten die Patentierungs-Restriktionen unter Verweis auf die Auswirkungen auf die Forschung ab.

Während Brownback weitere Versuche angekündigt hat, seinen Gesetzesvorschlag auf diesem Weg zur Debatte zu bringen, hat Landrieu deutlich gemacht, sie ziehe eine Wiederaufnahme der Verhandlungen um eine direkte, ausführliche Debatte des Themas vor.

Das Repräsentantenhaus hat bereits im August 2001 eine Vorlage angenommen, die das Klonen von Embryonen-Zellen auch für Forschungs- und Therapiezwecke untersagt (CR 8/2001, S. 2). Präsident Bush unterstützt diesen Gesetzesvorschlag und hat den Senat kürzlich gedrängt, ebenfalls zuzustimmen (vgl. CR 4/2002, S. 9).

Ob eine Beratung der Gesetzentwürfe durch den Senat noch in der laufenden Sitzungsperiode des Congress möglich ist, scheint angesichts der verfahrenen Situation und des enger werdenden Zeitrahmens allerdings zusehends fraglich.

7. Klage gegen Bruch des ABM-Vertrages eingereicht

Mitte Juni 2002 haben 31 Mitglieder des Congress unter Führung von Congressman Dennis J. Kucinich (D-Ohio) eine einstweilige Verfügung gegen die Aufkündigung des ABM-Raketenabwehrvertrages durch die Bush-Administration beantragt.

Der Präsident hatte am 13. Dezember 2001 den Ausstieg aus dem ABM-Vertrag von 1972 erklärt. Mit dem faktischen Beginn des Baus eines Raketenabwehrsystems in Alaska am 14. Juni 2002 haben die USA den Vertrag, der die Stationierung von Systemen zur Abwehr ballistischer Flugkörper untersagte, endgültig hinter sich gelassen. Die Administration begründet ihren Schritt mit der Notwendigkeit des zügigen Aufbaus eines Raketenabwehrsystems. „Der 11. September“, so der Präsident, „hat klar gemacht, dass wir nicht länger in der Welt des Kalten Krieges leben, für die der ABM-Vertrag gemacht wurde.“

Dagegen machen die Kritiker im Congress geltend, dass der Präsident internationale Verträge nicht einseitig aufkündigen kann. Sie verweisen auf die Vertragshoheit des Senats bei internationalen Abkommen und halten ein einseitiges Vorgehen des Präsidenten für verfassungsrechtlich unzulässig. Allerdings gibt es nur wenige Präzedenzfälle zu diesem Komplex und die sprechen eher für die Rechtsauffassung des Weißen Hauses. So hat der Oberste Gerichtshof 1979 eine Klage von Senator Barry Goldwater gegen Präsident Jimmy Carter zurückgewiesen, der ohne Zustimmung des Senats ein Verteidigungsabkommen mit Taiwan einseitig für beendet erklärt hatte.

8. Congress debattiert Medikamenten-Zusatzversicherung

Die republikanische Parteiführung im Repräsentantenhaus hat im Juni 2002 ihre Bemühungen forciert, eine von ihr unterstützte Gesetzesvorlage für eine Medikamenten-Zusatzversicherung für Senioren (*Medigap Insurance*) schnell zur Abstimmung zu bringen.

Noch im Vormonat waren die Vorbereitungen für die Beratung der Vorlage aufgrund innerparteilicher Differenzen über Zuschnitt und Finanzierung der Leistungen ins Stocken geraten (vgl. CR 5/2002, S. 9).

Zugeständnisse der Parteiführung insbesondere in der Frage der Kürzung von Leistungen unter *Medicare*, der Bundeskrankenversicherung für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke, konnten augenscheinlich die Bedenken aus den Reihen der eigenen Fraktion weitgehend ausräumen.

Das *House Ways and Means Committee* hat die Vorlage bereits beraten und mit 22 gegen 16 Stimmen deren Überweisung an das Plenum beschlossen. Das ebenfalls für gesundheitspolitische Entscheidungen zuständige *House Committee on Energy and Commerce* soll in Kürze seine Beratungen abschließen.

Das von der großen Mehrheit der Republikaner im Repräsentantenhaus favorisierte Konzept einer Medikamenten-Zusatzversicherung setzt im Unterschied zu den republikanischen wie demokratischen Alternativvorschlägen im Senat auf eine privatwirtschaftliche Lösung, die durch staatliche Zuschüsse für die einzelnen Versicherungsnehmer attraktiv gestaltet werden soll.

Der Wettbewerb zwischen den privaten Versicherungsanbietern soll vor allem helfen, die hohen Kostensteigerungen für Medikamente in den letzten Jahren unter Kontrolle zu bringen. Während die Kosten für die Alternativvorschläge in den ersten zehn Jahren auf 400 bis 500 Mrd. USD geschätzt werden, soll der Vorschlag der republikanischen Repräsentantenhausfraktion mit ca. 350 Mrd. USD auskommen.

Kritiker befürchten jedoch, dass nur wenige Versicherungen Policen zu den gesetzlich vorgeschriebenen Konditionen anbieten werden und der Wettbewerb somit nicht zu den erhofften günstigen Prämien für die Versicherungsnehmer führen wird.

Während die *American Medical Association* (AMA) und die *American Hospital Association* (AHA) prinzipiell das republikanische Konzept unterstützen, zeigen sich gerade Vertreter der Versicherungsindustrie skeptisch gegenüber dem Vorschlag.

Die Demokraten haben demgegenüber im Senat eine neue Version ihres Konzepts einer Medikamenten-Zusatzversicherung eingebracht, die gegenüber der ursprünglichen Vorlage eine deutliche Verbesserung der Leistungen vorsieht.

Der verschärfte Wettbewerb der Parteien um die Aufmerksamkeit für ihre unterschiedlichen Lösungsangebote für die populäre Zusatzversicherung für Senioren unterstreicht jedoch nur, dass die Aushandlung eines Kompromisses zwischen den beiden Parteien und Kammern des Congress zunehmend unwahrscheinlich wird.

Vielmehr scheinen sich die Protagonisten für die anstehenden Wahlen im November zu positionieren. Dabei können die Programmvorschläge nicht nur als zugkräftige Angebote an die Wähler dienen, sondern umgekehrt sollen auch die Wahlen helfen, die Durchsetzungschancen der jeweiligen Vorschläge in der Folge zu stärken.

9. Untersuchungsausschuss zu Terroranschlägen nimmt Arbeit auf

Der gemeinsame Ausschuss von Senat und Repräsentantenhaus zur Untersuchung der Geheimdienstarbeit im Vorfeld der Terror-Anschläge auf die Twin Towers und das Pentagon vom September letzten Jahres hat Anfang Juni 2002 mit der Durchsicht von Beweismaterial und Anhörung von Zeugen begonnen.

Der Untersuchungsauftrag des *Joint Committee on Intelligence* sieht die Aufklärung der Probleme und Fehlleistungen der Geheimdienste vor, die dazu geführt haben sollen, dass die schwersten Terroranschläge in der US-amerikanischen Geschichte ungeachtet der vorhandenen Warnungen und Hinweise nicht verhindert werden konnten. Auf der Grundlage der Ergebnisse soll der Ausschuss Empfehlungen für eine Verbesserung der Geheimdienstarbeit geben.

Der Ausschuss wird gemeinsam von Bob Graham (D-Fla.), dem Vorsitzenden des *Senate Intelligence Committee*, und Porter Goss (R-Fla.), dem Vorsitzenden des *House Intelligence Committee*, geleitet. Ihm gehören die Mitglieder der Geheimdienstausschüsse der beiden Kammern an.

Die Arbeit des Ausschusses ist bereits vor dem Beginn der Anhörungen zum einen durch parteipolitische Auseinandersetzungen um den Untersuchungsauftrag, die Verfahrensweise sowie den Mitarbeiterstab belastet worden. Zum anderen haben Informationen über vorliegende Warnungen im Mai 2002 kurzzeitig zu einer heftigen Auseinandersetzung um die Rolle von Präsident George Bush und seines nationalen Sicherheits-Teams geführt (vgl. CR 5/2002, S. 1), die in Forderungen nach der Einsetzung einer unabhängigen Untersuchungskommission resultierten und damit die Untersuchung des gemeinsamen Geheimdienstausschusses in Frage stellten.

Goss und Graham ist es in enger Zusammenarbeit jedoch gelungen, die Zweifel zunächst zu entkräften und mit dem Beginn der Aktendurchsicht und Zeugenvernehmungen die Aufmerksamkeit wieder auf die drängenden inhaltlichen Fragen zu fokussieren. Auch in Reaktion auf den Druck von Congress-Kollegen wie der Medien sollen

die Ausschussanhörungen von Ende Juni oder Anfang Juli an meistens in öffentlichen Sitzungen durchgeführt werden.

Nach der mehrstündigen Anhörung von Richard A. Clarke, dem Koordinator der Terrorismusbekämpfung unter Präsident Clinton und jetzigem Internet-Sicherheitsberater Präsident Bushs, brachte Porter Goss Mitte Juni den Stand der bisherigen Untersuchungen prägnant auf den Punkt: "Konnten wir es wissen? Ja, Ich glaube, dass wir es hätten wissen können."

Die Anhörung von FBI-Direktor Robert Mueller sowie einer Mitarbeiterin der FBI-Zweigstelle in Minneapolis, Coleen Rowley, durch das zuständige *Senate Judiciary Committee* unter Vorsitz von Patrick Leahy (D-Vt.) hat allerdings wiederum die Arbeit des Geheimdienstausschusses in den Hintergrund gedrängt. Rowley hatte in einem kritischen Schreiben an Direktor Mueller auf fatale Fehlentscheidungen von Vorgesetzten hingewiesen, die eine flächendeckende Untersuchung von Flugschulen auf terrorismusverdächtige Personen verhindert hatten. Mueller gestand die Missachtung von Warnhinweisen durch das FBI ein.

Die Arbeit des gemeinsamen Geheimdienstausschusses ist zudem durch einige Informations-Lecks ins Stolpern geraten. Aus dem Umfeld des Ausschusses wurde nach Darstellung der Administration bekannt, dass der *National Security Agency* (NSA) am Tag vor den Anschlägen vom 11. September Warnungen vor unmittelbar bevorstehenden Aktionen in arabischer Sprache vorgelegen haben, die allerdings erst später übersetzt worden sind.

Obwohl diese Informationen nicht grundsätzlich neu gewesen sind, kritisierten Präsident Bush und Vizepräsident Cheney den Ausschuss scharf. Goss und Graham forderten in der Reaktion das Justizministerium zu einer Untersuchung der Weiterleitung der Informationen an die Presse auf. Sie bezweifelten aber, dass der Ausschuss selbst die Quelle der Informationen gewesen sei.

Die Serie der Schwierigkeiten und Verzögerungen haben dem Bestreben des Abgeordneten Timothy Roemer, selbst Mitglied des Geheimdienstausschusses, Auftrieb gegeben, eine unabhängige Untersuchungskommission durchzusetzen. Seine Gesetzesvorlage (HR 4777) erhielt Mitte Juni überraschend die offene Unterstützung von zwei republikanischen Kollegen, Benjamin Gilman (N.Y.) und Christopher Smith (N.J.).

Roemer hofft, seinen Vorschlag auch gegen den Widerstand der republikanischen Fraktionsführung im Repräsentantenhaus bis Ende Juni zur Abstimmung bringen zu können. Über die von Joseph I. Lieberman (D-Ct.) und John McCain (R-Ariz.) eingebrachte Vorlage zur Einsetzung einer unabhängigen Kommission (S 1867) soll ebenfalls in den kommenden Wochen entschieden werden.